

Bitte keinen Präzedenzfall

Von Klaus Backes plädiert für Zurückhaltung

Dass über das "Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen" diskutiert werden muss, ist unbestritten. Auch wenn vieles, wie zum Beispiel die Auswirkungen auf die Kommunen, noch im Vagen bleiben. Doch ist ein Gemeinderat das geeignete Forum für diese Debatte? Ich meine nein, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen fehlt das Expertenwissen, um die komplizierte Materie und deren Auswirkungen kompetent bewerten zu können. Besser dafür gewappnet sind kommunale Spitzenverbände wie Städte- oder Landkreistag, die sich ja auch um TTIP kümmern. Dies war den Unterlagen zu entnehmen, die Bürgermeister Ziegler im Ladenburger Rat verteilt hat.

Zweitens: Wenn erst einmal ein Präzedenzfall geschaffen ist, wer zieht dann die Grenzen für die Behandlung von "großen" politischen Themen? Denn heute wirken sich zahllose Geschehnisse in der Welt auf die Kommunen aus. So führt beispielsweise der Krieg in Syrien dazu, dass viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Soll nun jede deutsche Gemeinde eine Resolution gegen den Krieg in Syrien verabschieden?

In ungueter Erinnerung sind mir noch die Diskussionen in Gemeinderäten über Resolutionen zur Atomkraft im allgemeinen und zu atomwaffenfreien Zonen im besonderen, die während der 80er Jahre häufig geführt wurden. Sie waren langwierig, manchmal heftig und hatten eins gemeinsam: keine feststellbare Wirkung auf die "große" Politik. Zudem: Besonders vor Landtags- und Bundestagswahlen wäre die Versuchung groß, nichtkommunale Themen auf die Tagesordnung zu bringen, um die Positionen der jeweiligen Partei bekannter zu machen. Einen Bezug zur Gemeinde herzustellen, dürfte hier wenig Probleme bereiten.

Deshalb macht es Sinn, keinen Präzedenzfall zu schaffen. Und die Gemeinderäte müssen ohnehin sehr viel Zeit investieren, um ihre ureigenen Aufgaben abzuarbeiten. Mehr sollte ihnen nicht zugemutet werden.

Freitag, 22.05.2015